



Wirbel um Milliarden-Plan
Fifa-Chef Gianni Infantino will WM-Anteile an Investoren verkaufen. **Sport**



Der einsame Superheld
Kinostart für weiteres „Spider-Man“-Abenteuer. **Kino und Serie Seite 8**

Bittere Worte von Gänswein
Erzbischof äußert sich über seine Versetzung aus Rom 2023. **Seite 4**



AUS DER REGION

Wettbewerb um die Toten

Im Passauer Stadtrat drehte sich die Diskussion um die – mal wieder – steigenden Kosten für Bestattungen. Die Frage lautete: Was kann man dagegen tun? **Seite 17**

„Glücksfall für die Archäologie“

Auf den Spuren Karls des Großen: Bei Tiefbauarbeiten in Pleinting wurden Überreste einer karolingischen Siedlung sowie fünf Gräber entdeckt. **Seite 27**

Standort für Kindergarten steht

Der neue Kindergarten wird im Roccopark gebaut. Das ergeben einstimmige Beschlüsse des Hauzenberger Stadtrats. Standort Sauweiher ist vom Tisch. **Seite 33**

IM BLICKPUNKT

Mercedes-Bilanz durchwachsen

Dem Gewinnplus von 13,5 Prozent steht beim schwäbischen Autobauer ein Einbruch in der Pkw-Sparte gegenüber. Auch der Umsatz schrumpfte um 3,3 Prozent – auf gut 32 Milliarden Euro. **Wirtschaft**

Jugendwort 2026 gesucht

Ab sofort stehen zehn Kandidaten für das Jugendwort des Jahres zur Abstimmung – von altbekannt wie „Digga“ bis hin zu rätselhaft wie „six seven“. Die Auflösung folgt am 10. Oktober. **Seite 2/Journal**

SERVICE

Börse: Dax auf Erfolgskurs

Dax: 25 464 Punkte (+ 0,41 %).
Top: SAP SE 159,24 Euro (+ 5,26 %). **Flop:** Siemens Energy 137,90 Euro (– 7,06 %).

Eurojackpot: 11–25–40–41–45

Eurozahlen: 1 – 5
(Ohne Gewähr)

Das Wetter in der Region

24h/Minimum
20°

24h/Maximum
33°

vormittags

nachmittags

abends

Infos: www.pnp.de/wetter und auf **Seite 14**
Heimatsport **Seiten 25, 26**
Fernsehprogramm **Seite 15**
Familienanzeigen **Seite 23**
Internet www.pnp.de



Ungarn will Beziehungen zu Bayern intensivieren

Bad Staffelstein. Ungarns neue Außenministerin Anita Orban will die Beziehungen zu Bayern ausbauen. 100 000 Ungarn lebten derzeit im Freistaat, die bayerischen Autobauer BMW und Audi seien die entscheidenden Investoren für die ungarische Volkswirtschaft, sagte Orban im fränkischen Kloster Banz. Beide Autobauer unterhalten große Standorte in Ungarn. Dabei stünden Ungarn und Bayern nicht im Wettbewerb, sagte Orban.
Die ungarische Vize-Ministerpräsidentin nahm als Gast an der Sommerklausur der CSU-Landesgruppe im Bundestag teil. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) wird bereits an diesem Donnerstag zum Gegenbesuch in Buda-

pest erwartet. Neben dem Wiederaufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Ungarn sei auch der Wiederaufbau einer starken Volkswirtschaft eines der wichtigen Ziele der neuen Regierung von Ministerpräsident Peter Magyar, sagte die Außenministerin.
Außenpolitisch habe Ungarn einen starken Europabezug. „Wir gehören zu Europa, wir haben immer zu Europa gehört und wir erneuern und erweitern unsere europäischen und regionalen Kooperationen“, betonte die ungarische Politikerin. Der Wunsch der ungarischen Wähler in diese Richtung sei sehr klar.
Die CSU-Landesgruppe hatte im Jahr 2015 auch den umstrittenen



Bei der Klausur der CSU-Landesgruppe im Kloster Banz war Ungarns Außenministerin und Vize-Ministerpräsidentin Anita Orban – hier mit CSU-Landesgruppenchef Alexander Hoffmann – zu Gast. – F.: Vogl, dpa

Härtere Gangart gegen Gefährder

Dobrindt schlägt mehrere Maßnahmen vor – SPD: Queere besser schützen – Bekennergvideo aufgetaucht

Berlin. Als Reaktion auf den Anschlag beim Christopher Street Day (CSD) in Berlin plant Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) ein schärferes Vorgehen gegen sogenannte Gefährder. Dobrindt stellte gestern eine Reihe von Maßnahmen in Aussicht, mit denen er dem Risiko neuer Gewalttaten begegnen will: Identifizierte Gefährder sollten in Präventivhaft genommen werden können,

nicht nach Jugendstrafrecht behandelt werden und zur Überwachung eine Fußfessel tragen müssen.
„Es gibt eine Vielzahl von identifizierten Gefährdern in Deutschland“, sagte Dobrindt. Die Möglichkeit, dass diese Gefährder Anschläge begehen, müsse „deutlich eingeschränkt werden“. Zwar könne es keinen „absoluten Schutz“ geben, „aber die Politik muss eine Bereit-

schaft zeigen, immer wieder nachzuschärfen, um neue Schutzmechanismen zu entwickeln“, sagte Dobrindt am Rande einer Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kloster Banz.
Das Bundeskriminalamt (BKA) stuft derzeit 410 Menschen in Deutschland als islamistische Gefährder ein. Für den Freistaat sprach Bayerns Verfassungsschutzpräsident Manfred Hauser von 29 islamistischen

Gefährdern. Nur sechs davon seien allerdings auf freiem Fuß.
Die SPD will sich nach dem blutigen Anschlag am Rande des Christopher Street Days verstärkt für ein Diskriminierungsverbot wegen sexueller Identität im Grundgesetz einsetzen. Die Parteivorsitzenden Bärbel Bas und Lars Klingbeil sowie Generalsekretär Tim Klüssendorf kündigten an, eine Ergänzung des Verbots von Benachteiligung um das Merkmal sexuelle

Identität „mit Nachdruck wieder auf die politische Tagesordnung“ zu setzen. Bereits früher hatte die SPD eine entsprechende Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes gefordert.
Unterdessen ist auf einem im Tatfahrzeug entdeckten Handy des verdächtigen Attentäters Abdul B. ein IS-Bekennergvideo gefunden worden. – afp/dpa/**Standpunkt/Seite 4/Bayern**

Trump spricht mit Selenskyj über Raketenabwehr

Washington. US-Präsident Donald Trump und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj haben nach ukrainischen Angaben über die Luftabwehr des von Russland angegriffenen Landes gesprochen. Bei dem Treffen im Weißen Haus sei es um eine Stärkung der ukrainischen Flugabwehr gegen russi-

sche Raketenangriffe gegangen, teilte Selenskyj auf X mit.
Danach empfing Trump Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, der das Gespräch „eines der besten“ nannte. Alle drei nahmen dann an einem Gedenken für den kürzlich gestorbenen US-Senator Lindsey Graham teil. – dpa/S. 5

Söder: Klimaanlagen werden stärker gefördert

Starnberg. Als Reaktion auf die häufigeren Hitzewellen will der Freistaat Klimaanlagen in öffentlichen Gebäuden stärker fördern. Man erhöhe die Förderfähigkeit für Klimaanlagen, beispielsweise in Krankenhäusern, in Pflegeeinrichtungen, Kitas und Schulen, sagte Ministerpräsident Markus Söder (CSU) vor

einer Kabinettsitzung auf der MS Starnberg auf dem Starnberger See. Zugleich bekräftigte er die Pläne für große Wasserleitungen vom Süden in den Norden Bayerns. „Bayern ist Wasserland und soll es auch bleiben“, sagte Söder. Der Klimawandel bringe aber große Herausforderungen. – dpa/**Bayern**

STANDPUNKT

Verdient

Von Thomas Vitzthum

Der Anschlag am CSD in Berlin hat schnell politische Forderungen bewirkt, die mal besser und mal schlechter zum Geschehenen passen. Bloß reflexhaft ist die Forderung der SPD, die Rechte von queeren Menschen, Lesben, Schwulen, Transpersonen ins Grundgesetz zu schreiben. Denn Islamisten scheren sich nicht ums Grundgesetz, sie akzeptieren nur die Scharia. Zum Glück hat das Verfassungsgericht längst klargestellt, dass die sexuelle Selbstbestimmung durch Artikel 1 (Würde des Menschen) und Artikel 2 (freie Entfaltung der Persönlichkeit) garantiert ist. Selbst eine AfD-Regierung – das scheint die eigentliche Stoßrichtung der SPD – könnte daran nicht einfach was ändern.
Besser passt der Vorschlag der CSU, Gefährdern Fußfesseln anzulegen. Wer es zum Status des Gefährders bringt, hat sich das wirklich verdient. Das Interesse der Öffentlichkeit vor Schutz muss über den Freiheitsrechten von Islamisten stehen. Zur Fußfessel gehört dann aber auch eine schnelle Reaktion bei Übertretungen. Denn Islamisten sind natürlich auch bereit, mit der Fußfessel in den Tod zu gehen.



Von Flammen umzingelt: Ein Feuerwehrmann in der spanischen Krisen-Provinz Ávila.

– Foto: Fernandez, dpa

Hitzewelle: Sorge vor Ausweitung der Waldbrände

Bordeaux//Madrid. Im Kampf gegen die verheerenden Waldbrände blicken die Einsatzkräfte mit Sorge auf eine neue Hitzewelle: Für Frankreich und Spanien erwarten die Meteorologen Temperaturen von teils mehr als 40 Grad. In der Umgebung des Badeorts Lacanau an der französischen Atlantikküste sollten angesichts der Vorhersagen 4000 Touristen evakuiert werden.
Bis kurz vor Eintreffen der neuen Hitzewelle verzeichneten die Feuerwehrräfte erste Erfolge. Im Südwesten von Bordeaux konnten sie einen Brand unter Kontrollen bringen. Spaniens Regierungschef Pedro Sánchez sprach von „Licht am Ende des Tunnels“. – dpa/S. 3